

Zeitschrift:	Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur
Herausgeber:	Gesellschaft Schweizer Monatshefte
Band:	53 (1973-1974)
Heft:	12
 Artikel:	Aktuelle Gedanken zur Demokratie bei Alexis de Tocqueville und Max Weber
Autor:	Freund, Dorrit
DOI:	https://doi.org/10.5169/seals-162890

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 16.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Aktuelle Gedanken zur Demokratie bei Alexis de Tocqueville und Max Weber

Die liberale Bedeutung der Dezentralisation

Die ständige Ausweitung des staatlichen Aufgabenbereiches und die Verstärkung staatlicher Eingriffe in die Lebensbeziehungen der Bürger sind eine Tatsache, die bei uns jeden politisch Denkenden beschäftigt. Die Wurzeln dieses Demokratie-Problems und dessen erste Erhellung reichen jedoch weit in die Vergangenheit zurück. So hat das Wachstum der Staatsgewalt in der Demokratie schon Alexis de Tocqueville beunruhigt. Im 1840 erschienenen zweiten Teil seines Buches: «Über die Demokratie in Amerika» lesen wir über die Machtkonzentration beim Staat im egalitären Zeitalter:



«Was ich bemerken will ist, dass alle diese unterschiedlichen Rechte, die in unserer Zeit nacheinander den Klassen, den Körperschaften, den Menschen entrissen worden sind, nicht dazu dienten, neue Gewalten zweiter Ordnung auf demokratischer Grundlage zu errichten; vielmehr wurden sie von überall her in den Händen des Herrschers vereinigt. Allenthalben beginnt der Staat von sich aus mehr und mehr auch die letzten Bürger zu lenken und jeden von ihnen in den geringfügigsten Angelegenheiten allein zu führen.»

Nachdem er darauf hingewiesen hat, dass Wohlfahrtseinrichtungen und Erziehungswesen an den Staat übergegangen seien und dass auch die Religion dem staatlichen Einfluss unterliege, fährt Tocqueville fort:

«Aber das ist nur die eine Seite des Gemäldes. Nicht allein hat sich die Gewalt des Herrschers, wie wir eben gesehen haben, im gesamten Umkreis der einstigen Gewalten ausgebreitet; dieser ist zu eng, um sie alle zu umspannen; die Gewalt des Herrschers überschreitet ihn nach allen Seiten und dehnt sich auf das Gebiet aus, das bis dahin der Unabhängigkeit des einzelnen vorbehalten blieb. Eine Menge Handlungen, die früher der Überwachung durch die Gesellschaft völlig entzogen waren, sind dieser heutzutage unterworfen worden, und ihre Zahl wächst fortwährend¹.»

Der Wegfall der intermediären Gewalten, namentlich der Feudalherren und der kirchlichen Vormachtstellung, aber auch die vermehrte Aufgabenzuweisung an den Staat – man vergegenwärtige sich den modernen Begriff des Leistungsstaates – fördern die Machtballung bei der zentralen staatlichen Gewalt. Tocqueville erkennt noch eine weitere, der dargelegten Entwicklung förderliche Ursache. Sie liegt in der Natur der Menschen, die

sich eher dazu bereit finden, sich mit ihren eigenen privaten Angelegenheiten als mit dem öffentlichen Wohl zu befassen:

«Nicht nur finden sie von Natur keinen Geschmack an öffentlichen Dingen, es fehlt ihnen oft auch die Zeit, sich damit zu beschäftigen. Das Privatleben ist in den demokratischen Zeiten so rührig, so bewegt, so von Wünschen, von Arbeit erfüllt, dass jedem weder viel Kraft noch Musse für das politische Leben übrigbleibt².»

Anstatt nun hierzu geeigneten Mitmenschen oder Gruppen von ihnen die Wahrnehmung politischer Aufgaben zu übertragen, neigen gemäss Tocquevilles Analyse die Menschen in der Demokratie dazu, alle für die Gemeinschaft bedeutsamen Kompetenzen dem Staat zuzuweisen, um so einer möglichen Bevorzugung einzelner Privater zuvorzukommen:

«Der Hass des Menschen gegen das Vorrecht wächst in dem Grade, wie die Vorrechte seltener oder kleiner werden, so dass es ist, als loderten die demokratischen Leidenschaften gerade dann am stärksten auf, wenn sie am wenigsten Nahrung finden. Den Grund für diese Erscheinung habe ich bereits genannt. Sind die gesellschaftlichen Bedingungen alle ungleich, so fällt keine noch so grosse Ungleichheit kränkend auf; wogegen der kleinste Unterschied inmitten der allgemeinen Gleichförmigkeit Anstoss erregt; deren Anblick wird um so unerträglicher, je durchgehender die Einförmigkeit ist. Daher ist es natürlich, dass mit der Gleichheit selber auch die Liebe zu ihr unaufhörlich zunimmt; indem man sie befriedigt, steigert man sie.

Dieser unausrottbare und immer heftiger auflodernde Hass der demokratischen Völker gegen die mindesten Vorrechte begünstigt die allmähliche Zusammenfassung aller politischen Rechte in der Hand des einzigen Staatsvertreters ausserordentlich. Da das Staatsoberhaupt notwendigerweise und unbestritten allen Bürgern übergeordnet ist, erweckt es bei keinem von ihnen Neid, und jeder meint, die Vorrechte, die er jenem einräumt, seinen Mitmenschen wegzunehmen³.»

Daher befürchtet der französische Publizist nicht, dass die demokratische Gleichheit etwa durch Zerstörung der staatlichen Autorität zur Anarchie führen könne; sein Bangen gilt der gegenteiligen Entwicklung, welche den Menschen «auf einem längeren, verborgeneren aber sichereren Weg zur Knechtschaft»⁴ hin lenkt. – Das Mittel, um der Allmacht des Staates und dem Überhandnehmen staatlicher Reglementierung zu begegnen, erblickt Tocqueville in der politischen Aktivierung des Volkes. Mutmassend, dass es bald nur noch «Raum geben wird für die demokratische Freiheit oder für die Tyrannie der Cäsaren», weist er auf die «allmähliche Entwicklung der demokratischen Einrichtungen und Sitten» als die einzige Möglichkeit zur Erhaltung der Freiheit und fordert, dass die Politiker die demokratische Regierung «als das brauchbarste und anständigste Hilfsmittel ergreifen, mit dem man den heutigen Übeln der Gesellschaft abhelfen kann»⁵.

Allerdings ist sich Tocqueville dessen bewusst, dass eine demokratische Regierung nur dort wirklich besteht, wo nicht nur institutionelle Möglichkeiten der politischen Mitwirkung geschaffen, sondern diese auch tatsächlich und in angemessener Weise wahrgenommen werden:

«Um regieren zu können, braucht die Demokratie *Bürger*, Menschen, die sich für die öffentlichen Angelegenheiten interessieren, die *Fähigkeit* besitzen, sie wahrzunehmen, und dies auch *wollen*⁶.»

Eine Möglichkeit zur politischen Erziehung des Volkes sieht Tocqueville darin, demokratische Selbstbestimmung im Rahmen kleiner Gemeinschaften zu üben. Insbesondere durch Mitwirkung in Gemeinden und Vereinen soll der Bürger aktiviert und dazu erzogen werden, seine Rechte auch im Staatsverband, wo sie meist in weniger unmittelbarer Weise berührt werden, selber wahrzunehmen und so seine Freiheit zu erhalten. Daher liegt die liberale Bedeutung der Dezentralisation im weitesten Sinne der Gruppenbildung für Tocqueville nicht primär in deren gewaltenteilender Wirkung. Gemeinden und Vereine dienen in doppelter Weise dazu, dem Bürger eine Möglichkeit der Einwirkung auf den Staat zu gewähren. Einmal, indem sie die Kräfte der einzelnen bündeln und so einflussmäßig an die Stelle der früheren ständischen intermediären Gewalten treten. Zum andern aber dienen sie der politischen Integration der Bürger und der Vermittlung liberaler Werte. Erst durch Selbstbestimmung lernen die Bürger, ihre Freiheit zu schätzen und selber zu verteidigen:

«Die Gemeindeeinrichtungen sind für die Freiheit, was die Volksschulen für die Wissenschaften sind; sie machen sie dem Volke zugänglich; sie wecken in ihm den Geschmack an ihrem freiheitlichen Gebrauch und gewöhnen es daran. Ohne Gemeindeeinrichtungen kann sich ein Volk eine freie Regierung geben, aber den Geist der Freiheit besitzt es nicht⁷.»

Glaubt Tocqueville, dass durch politische Erziehung des Volkes dem Überhandnehmen der staatlichen Macht entgegengetreten und die Freiheit im Zeitalter der Gleichheit erhalten werden könne, so zeigen sich doch auch Zweifel bezüglich der praktischen Durchführbarkeit institutioneller erzieherischer Massnahmen. Institutionen vermögen sich nämlich nur dort zu bewähren, wo sie auf eine ihnen entsprechende politische Kultur stossen. Nur dort, wo bereits liberale Werte gelten und Bereitschaft zur politischen Aktivität besteht, werden institutionell gebotene demokratische Möglichkeiten tatsächlich wahrgenommen:

«Die Gemeindeeinrichtungen vermögen, auf sich selbst angewiesen, gegen eine zu packende und starke Regierung kaum anzukämpfen; sollen sie sich erfolgreich verteidigen, so müssen sie voll entfaltet und mit den nationalen Denkweisen und Gewohnheiten verwoben sein. Solange daher die Gemeindefreiheit nicht ein Teil der Sitte geworden ist, gelingt ihre Zerstörung leicht, und in die Sitte kann sie erst eindringen, nachdem sie lange in den Gesetzen wirksam war⁸.»

So gelangt Tocqueville zum Schluss, dass die Schaffung liberaler Institutionen nur dann tatsächlich der Hemmung staatlicher Macht und der Wahrung der Freiheit zu dienen vermag, wenn im Staatsvolk liberale Werte verankert sind und durch die Bürger verteidigt werden.

Politische Reife der Masse und «Interessentenbetrieb»

Der Schutz der Individualfreiheit im modernen Staat war auch ein Anliegen des deutschen Soziologen Max Weber. In seinem 1906 verfassten Aufsatz: «Zur Lage der bürgerlichen Demokratie in Russland» äussert er sich folgendermassen:

«Es stünde heute äusserst übel um die Chancen der «Demokratie» und des «Individualismus», wenn wir uns für ihre «Entwicklung» auf die «gesetzmässige» Wirkung *materialer* Interessen verlassen sollten. Denn diese weisen so deutlich wie möglich den entgegengesetzten Weg: im amerikanischen «benevolent feudalism», in den deutschen sogenannten «Wohlfahrteinrichtungen», in der russischen Fabrikverfassung –, überall ist das Gehäuse für die neue Hörigkeit fertig ...

Möchten doch angesichts dessen diejenigen, welche in steter Angst davor leben, es könnte in Zukunft in der Welt zu *viel* «Demokratie» und «Individualismus» geben und zu wenig «Autorität», «Aristokratie» und «Schätzung des Amts» oder dergleichen, sich endlich beruhigen: es ist, nur allzu sehr, dafür gesorgt, dass die Bäume des demokratischen Individualismus nicht in den Himmel wachsen.⁹»

Auch Max Weber sieht in der Miteinbeziehung des Volkes in den politischen Prozess das Mittel, um der staatlichen Allmacht zu steuern und die Freiheit zu wahren:

«Die «Demokratisierung» im Sinne der Nivellierung der ständischen Gliederung durch den *Beamtenstaat* ist eine Tatsache. Man hat nur die Wahl: in einem bürokratischen Obrigkeitstaat mit Scheinparlamentarismus die Masse der Staatsbürger rechtlos und unfrei zu lassen und wie eine Viehherde zu «verwalten» –, oder sie als *Mitherren* des Staates in diesen einzugliedern¹⁰.»

Indessen zeigen sich bei näherem Zusehen grundlegende Unterschiede zwischen dem klassisch-liberalen Demokratieverständnis Tocquevilles und demjenigen des weit jüngeren Max Weber. Dieser sieht die Freiheit nicht, wie der französische Denker, durch die *egalitaire* Entwicklung, sondern durch die unentzerrbare Bürokratisierung aller Lebensbereiche bedroht¹¹. Entsprechend verfolgt die Eingliederung der Bürger in den Staat den Zweck, die rationale Macht der Bürokratie zu brechen.

Auf welche Weise will nun Weber die Bürger zu «Mitherren» des Staates erheben? Zur Teilhabe an der politischen Herrschaft ist politische Reife erforderlich. Politisch reif wird das Volk, indem es sich daran gewöhnt, politische Verantwortlichkeit zu tragen:

«Seine politische Unreife ist, soweit sie besteht, Folge der Unkontrolliertheit der Beamtenherrschaft und der Gewöhnung der Beherrschten daran, sich ohne eigene Anteilnahme an der Verantwortlichkeit und folglich ohne Interesse an den Bedingungen und Hergängen der Beamtenarbeit ihr zu fügen. Nur ein *politisch reifes Volk* ist ein «Herrenvolk»: ein Volk heisst das, welches die Kontrolle der Verwaltung seiner Angelegenheiten in eigener Hand hält und durch seine gewählten Vertreter die Auslese seiner politischen Führer entscheidend mitbestimmt¹².»

Wie soll nun das Volk an die Übernahme politischer Verantwortlichkeit gewöhnt und zur politischen Reife erzogen werden? Nicht mehr, wie bei Tocqueville, durch Aktivierung der einzelnen im Rahmen von Gemeinden und Vereinen. Weber geht vom Bestand eines modernen Parteiestaates aus und vom parteimässigen Betrieb der Politik nicht durch das gesamte Volk, sondern allein durch politisch Interessierte:

«In allen irgendwie umfangreichen, das heisst über den Bereich und Aufgabenkreis kleiner ländlicher Kantone hinausgehenden politischen Verbänden mit periodischen Wahlen der Gewalthaber ist der politische Betrieb notwendig: *Interessentenbetrieb*. Das heisst, eine relativ kleine Zahl primär am politischen Leben, also an der Teilnahme an der politischen Macht, Interessierter schaffen sich Gefolgschaft durch freie Werbung, präsentieren sich oder ihre Schutzbefohlenen als Wahlkandidaten, sammeln die Geldmittel und gehen auf den Stimmenfang. Es ist unerfindlich, wie in grossen Verbänden Wahlen ohne diesen Betrieb überhaupt sachgemäss zustande kommen sollten. Praktisch bedeutet er die Spaltung der wahlberechtigten Staatsbürger in politisch aktive und politisch passive Elemente¹³.»

Die Aufgabe der Wahrung der Freiheit gegenüber dem Vordringen der Bürokratie kommt Berufspolitikern zu; in ihnen sieht Weber «das unvermeidliche Produkt der Rationalisierung und Spezialisierung der parteipolitischen Arbeit auf dem Boden der Massenwahlen»¹⁴. Die politische Beteiligung des Volkes beschränkt sich auf die Wahl der durch die Parteien vorgeschlagenen Parlamentskandidaten. Das parlamentarische System ermöglicht die Hemmung der Bürokratie durch parlamentarische Kontrolle und Verantwortlichkeit der Verwaltung¹⁵.

Hinzu kommt Webers Forderung nach der Volkswahl des höchsten politischen Gewaltträgers. Die Personifizierung der Macht in einem plebiszitär legitimierten Führer soll den bürokratischen Rationalismus schwächen¹⁶. Der Antrieb zur Wahl des Führers geht nicht vom Volke aus: «nicht die politisch passive ‹Masse› gebiert aus sich den Führer, sondern der politische Führer wirbt sich die Gefolgschaft und gewinnt durch ‹Demagogie› die Masse»¹⁷. Die Existenz des Parlamentes neben dem Vertrauensmann der Massen bleibt insofern bedeutsam, als es dessen Macht zu begrenzen vermag und, im Falle eines Vertrauensschwundes beim Volk, an seine Stelle tritt¹⁸.

Auf seiner Suche nach Wegen zur Hemmung der staatlichen Macht eliminiert Max Weber zwar die Problematik der möglichen politischen Erziehbarkeit des Staatsvolkes, in der Tocqueville sich verfängt; doch geht er dafür das Risiko eines Missbrauchs demagogischer Mittel durch den politischen Führer ein.

¹ Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Bd. 2, Stuttgart 1962, S. 328/9. – ²Ebenda, S. 315. – ³Ebenda,

S. 318/8. – ⁴Ebenda, S. 311/2. – ⁵Alexis de Tocqueville, Über die Demokratie in Amerika, Bd. 1, Stuttgart 1959, S. 362–364. –

⁶Im französischen Originaltext publiziert durch J.-P. Mayer, in: *Revue internationale de philosophie*, Paris 1959, S. 310. – ⁷Alexis de Tocqueville, *Über die Demokratie in Amerika*, Bd. 1, S. 68. – ⁸Ebenda. – ⁹In: *Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik*, Tübingen 1906, S. 347. – ¹⁰Max Weber, *Wahlrecht und Demokratie in Deutschland*, in: *Gesammelte politische Schriften*, München 1921, S. 322. – ¹¹Max

Weber, *Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland*, ebenda, S. 139 ff. – ¹²Ebenda, S. 258. – ¹³Max Weber, *Politik als Beruf*, ebenda, S. 419. – ¹⁴Max Weber, *Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland*, ebenda, S. 207. – ¹⁵Ebenda, S. 159. – ¹⁶Max Weber, *Politik als Beruf*, ebenda, S. 434. – ¹⁷Max Weber, *Parlament und Regierung im neu geordneten Deutschland*, ebenda, S. 219.

Alexis de Tocqueville, 1805 in Verneuil geboren, studierte Jurisprudenz und wurde 1827 zum Untersuchungsrichter nach Versailles berufen. Die Ablösung der Restauration durch das Bürgerkönigtum Louis-Philippe (1830) zerstörte die glänzenden Zukunftsaussichten Tocquevilles, dessen Familie den Bourbonen nahestand; sein Urgrossvater Malesherbes, Verteidiger Ludwigs XVI., war der Guillotine zum Opfer gefallen. Die politischen Umstände veranlassten Tocqueville, sich 1831 von der französischen Regierung nach Amerika entsenden zu lassen mit dem Auftrag, über die dortige Reform des Strafvollzuges zu berichten. Nach seiner Rückkehr verfasste er nicht nur den gewünschten Bericht, sondern auch das Buch «Über die Demokratie in Amerika». Der erste, 1835 erschienene Teil machte ihn über Nacht berühmt. Die Suche nach den Möglichkeiten, Freiheit und Würde des Menschen in der demokratischen Ordnung zu begründen und zu erhalten, bedeutet den Lebensinhalt des liberalen Aristokraten. 1838 in die Académie des Sciences Morales et Politiques, 1839 in die Nationalversammlung, 1842 in die Académie Française gewählt, 1849 kurz Aussenminister, stellte Tocqueville sowohl seine literarische als seine politische Tätigkeit in den Dienst der Heilung der revolutionären Wunden Frankreichs. Der Tod ereilte ihn 1859, bevor er sein zweites grosses Werk, «Der alte Staat und die Revolution», dessen erster Teil 1856 erschienen war, vollenden konnte.

Max Weber, 1864 in Erfurt geboren, entstammte nationalliberalen Kreisen. Nach dem Studium der Rechtswissenschaft, Nationalökonomie, Geschichte und Philosophie in Heidelberg, Göttingen und Berlin promovierte er 1889 an der juristischen Fakultät in Berlin mit einer Arbeit «Zur Geschichte der Handelsgesellschaften im Mittelalter»; 1892 habilitierte er sich an derselben Fakultät. Eine Enquête über die Verhältnisse der Landarbeiter im ostelbischen Deutschland und eine Untersuchung über die Börse trugen Weber 1894 die Berufung auf einen Lehrstuhl für Nationalökonomie in Freiburg ein. 1897 folgte die Berufung nach Heidelberg. Neben dem Lehramt betätigte sich Weber in sozialpolitischer Richtung und forderte den Miteinbezug der Arbeiterschaft in die nationale Verantwortung, anstatt sie klassenmäßig von der Nation zu trennen. Kurz nach seiner Berufung trat bei Weber, bis anhin von ungewöhnlicher Schaffenskraft erfüllt, ein Zustand physischer und psychischer Erschöpfung ein, der bis gegen 1901 andauerte und ihn zur Aufgabe seines Lehrstuhles zwang. Bis 1919 arbeitete er als Privatgelehrter; dann nahm er einen Ruf nach München an. Seine 1919 von politischen Freunden ange regte und unterstützte Kandidatur für die Nationalversammlung wurde hintertrieben; so erhielt Weber nie Zugang zur praktischen Politik. 1920 starb der Gelehrte in München.